

## Es geht um Europa

Zur Europawahl: Interview mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary, ein Plädoyer unserer EU-Politiker und der 9-Punkte-Plan der MIT

REPORT

So war der  
36. Parteitag der  
CDU in Berlin

# Kennen wir uns schon geschäftlich?



Du brauchst Hilfe bei der Ausstattung deiner Geschäftsräume?  
Bei IKEA findest du nicht nur die richtigen Möbel und Accessoires, sondern  
auch die passenden Services speziell für dich und dein Unternehmen:  
Planung, Lieferung, Montage und viele mehr.

## IKEA für Unternehmen



# In Freiheit leben

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

die Gedanken sind frei – so heißt es. Tatsächlich ist die Meinungsfreiheit in Deutschland grundgesetzlich geschützt. Aber warum scheuen sich dann so viele Menschen in unserem Land inzwischen davor, ihre Meinung zu sagen?

Mittlerweile haben wir uns an düstere Umfragen im Wochentakt gewöhnen müssen. Aber eine treibt mich besonders um. Das Allensbach-Institut stellt seit 1953 einer repräsentativen Mehrheit die Frage: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ 1990 antworteten noch 78 Prozent mit einem klaren „JA, ich kann“. 2023 ist das Verhältnis erstmals gekippt. Nur noch 40 Prozent der Befragten stimmten zu. 44 Prozent sind demgegenüber der Auffassung, ihre Meinung nicht mehr frei sagen zu können. Sie fühlen sich von einer aggressiven Minderheit bevormundet, in Schubladen gepresst, überschrien.

Deutschland befindet sich in der Schweigespirale. Die Mehrheit wird öffentlich still – und sucht andere Ventile für ihre Meinung. Diese finden sich in sozialen Medien oder anderen Räumen. Blasen bilden und verstärken sich. Das Resultat sehen wir in Sonntagsfragen. Laut des aktuellen ARD-DeutschlandTrends können sich 18 Prozent vorstellen, die AfD zu wählen. Und 5 Prozent das „Bündnis Sahara Wagenknecht“.

Die einzige Antwort von manchen Medien und Teilen der Gesellschaft besteht darin, nach Brandmauern oder einem Verbot der AfD zu rufen. In aller Deutlichkeit: Eine Koalition oder Kooperation mit der AfD ist ausgeschlossen – ohne Wenn und Aber. Es verbietet sich auch jede Zusammenarbeit mit Nachfolgeparteien der SED.

Aber wer Extremisten wirklich bekämpfen will, darf die Beweggründe ihrer potenziellen Wählerinnen und Wähler nicht ignorieren. Die Allermeisten haben Angst vor wirtschaftlichem Niedergang, sozialem Abstieg und Verlust ihrer Heimat.



Wir müssen uns mit diesen Ängsten inhaltlich auseinandersetzen – auch vor der jetzt anstehenden Europawahl. Wir müssen deutlich machen, weshalb es verheerend wäre, wenn Mittelständler und ihre Mitarbeiter der AfD am 9. Juni ihre Stimme geben würden.

Die AfD will die Abkehr von der EU. Damit würde Deutschland den europäischen Binnenmarkt verlieren – und damit den wichtigsten Handelsraum für unsere exportorientierte Wirtschaft. Die AfD will zurück zur D-Mark. Deutsche Waren im Ausland würden teurer. Die AfD will deutsche Unternehmen von den Weltmärkten isolieren. Denn sobald es konkret wird, lehnt sie Freihandelsabkommen ab. Kurzum: Wer den Standort Deutschland weiter schwächen will, wählt AfD.

Dagegen kann jeder von uns etwas tun. Dies zeigen uns beispielhaft die Präsidentin des Verbandes „Die Familienunternehmer“, Marie-Christine Ostermann, mit ihren Brandbriefen und die Wahlkampagne der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) und des Lebensmittelverbands Deutschland ([www.lieber-zu-ende-denken.de](http://www.lieber-zu-ende-denken.de)). Oder wie die Unternehmen, die auf Lohnabrechnungen einen Hinweis auf die Europawahl aufnehmen: Geh wählen.

Bitte zeigen auch Sie Flagge für Europa und für eine starke Union. Nicht allein für den Mittelstand und für die Wirtschaft. Sondern auch für die Freiheit.

Gitta Connemann MdB  
MIT-Bundesvorsitzende



Fotos: Sebastian Weri; Maritje Tabeling; Anika Nowak; Marion Walsmann; Markus Ferber/Daniel Biskup; Vadym/adobe.stock.com

## Impressum

### Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin  
E-Mail: redaktion@mit-bund.de  
www.mit-bund.de

### Chefredaktion:

Fabian Wendenburg

### Chef vom Dienst:

Dr. Juliane Berndt

### Redaktion:

Bastian Pophal  
Louis Müller-Rettstatt

### Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)  
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach  
Telefon: 02226 802-213  
Telefax: 02226 802-222  
E-Mail: verlag@ubg365.de  
www.ubg365.de  
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer,  
Heinrich Rentmeister  
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

### Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

### Titelbild:

kreatik/adobe.stock.com

### Druckauflage:

26000 Exemplare

### Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI  
Verlagsvertretung Getz  
Telefon: 02205 86179  
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII  
Braun Medien GmbH  
Telefon: 0221 7881443  
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

## MIT:EDITORIAL

### In Freiheit leben

3

von Gitta Connemann

## MIT:KOLUMNE

von Beatrice Achterberg:

### Die Deutschen sehen sich gerne als links, doch sie irren

8

## MIT:REPORT

### So war der 36. CDU-Parteitag

10

MIT wirkt! Wir konnten viele Erfolge verbuchen – vom Grundsatzprogramm bis zu den Sachanträgen

## MIT:REPORT

### Vier-Tage-Woche: Können wir uns das leisten?

14

Eine lebhaft diskutierte Diskussion in Zeiten von Stagnation und Fachkräftemangel

## Privat-Kapital:

### So überwindet man die „German Angst“

18

Zukunftsinvestitionen richtig steuern

## MIT:INTERVIEW

### Daniel Caspary

20

„Die Menschen wollen keine Polarisierung.“



20

**MIT:TITEL**
**Europäische Mittelstandspolitik –  
Von Politik vs. Wirtschaft  
zu Politik mit Wirtschaft**

26

Ein Namensbeitrag von Markus Ferber  
und Marion Walsmann

**MIT:ERKLÄRT**
**„Grünes Wachstum“ –  
Was steckt dahinter?**

28

**MIT:FAKTEN**

6-7, 9

KI kein Konkurrent? | Weniger Homeoffice  
in KMU | Deutschland Anziehungskraft büßt  
ein | Arbeitskosten werden zum Standort-  
nachteil | Bürokratiebelastungen steigen |  
Trübe Aussichten für dieses Jahr

**MIT: INSIDE**

**Bundesvorstand tagte in Dresden** 30  
MIT stellt die Weichen für das Wahljahr

**Unser 9-Punkte-Plan! Die MIT-  
Forderungen zur Europawahl** 31

**EU-Check** 32

„Die Magie vom Wohlstand“  
von Josef Schlarmann 32

MIT-Digitaltalk voller Erfolg 33

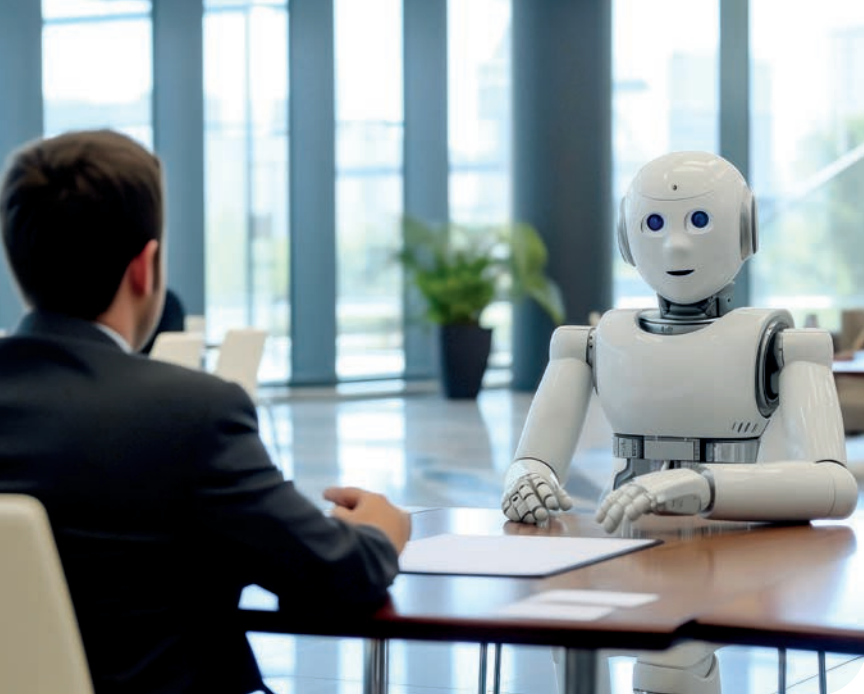
**Neumitglieder** 33

**Mitgliederstatistik** 34



28



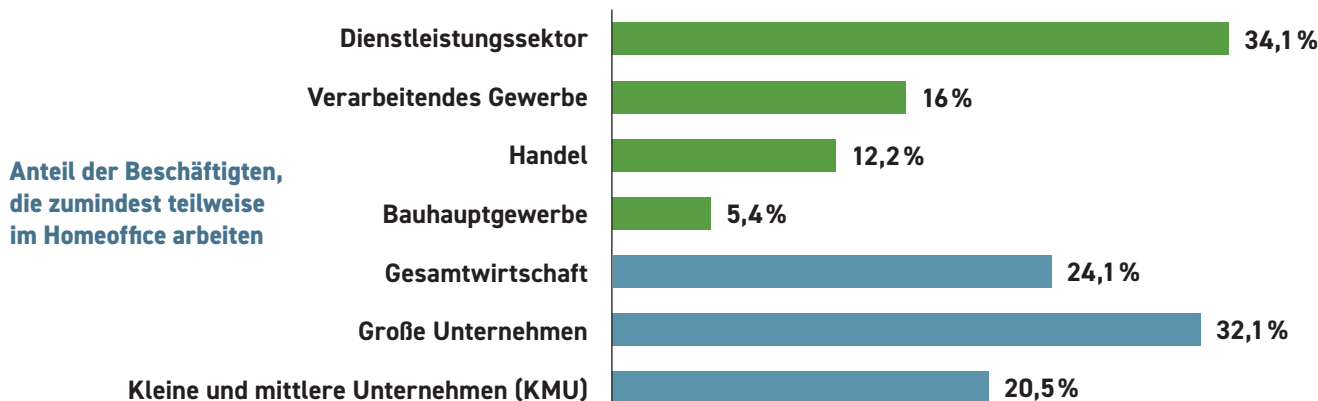


## KI kein Konkurrent?

Ob das gerechtfertigt ist? Nur relativ wenige Menschen mit Bürojobs in Deutschland haben Angst, ihren Beruf durch Künstliche Intelligenz (KI) zu verlieren. Dieser Aussage stimmten nur 28 Prozent einer YouGov-Umfrage zu, 62 Prozent lehnten sie ganz oder eher ab. Dabei macht die KI jüngeren Menschen offenbar mehr Sorgen als älteren: Bei den 25- bis 34-Jährigen waren 35 Prozent besorgt, bei den 18- bis 24-Jährigen sogar 38 Prozent.

## Weniger Homeoffice in KMU

Im Februar haben 24,1 Prozent der Beschäftigten in Deutschland zumindest teilweise von zu Hause gearbeitet, ermittelte ifo. Mit 20,5 Prozent ist der Anteil in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) allerdings deutlich niedriger als in großen Unternehmen mit 32,1 Prozent. Am häufigsten arbeiten Dienstleister von zu Hause (34,1 Prozent). In der Industrie sind es nur 16 Prozent, im Handel 12,2. Schlusslicht ist die Baubranche mit 5,4 Prozent.

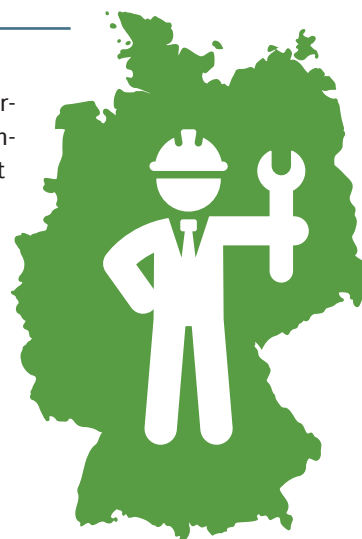


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Februar 2024

## Deutschland büßt Anziehungskraft ein

Deutschland ist nach einer internationalen Umfrage für ausländische Arbeitnehmer nach wie vor attraktiv. In der Befragung der Boston Consulting Group von 150.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus 188 Ländern liegt Deutschland in der Rangliste der beliebtesten Arbeitsstandorte auf Platz fünf und ist damit das erste nicht-englischsprachige Land hinter Australien, den USA, Kanada und Großbritannien.

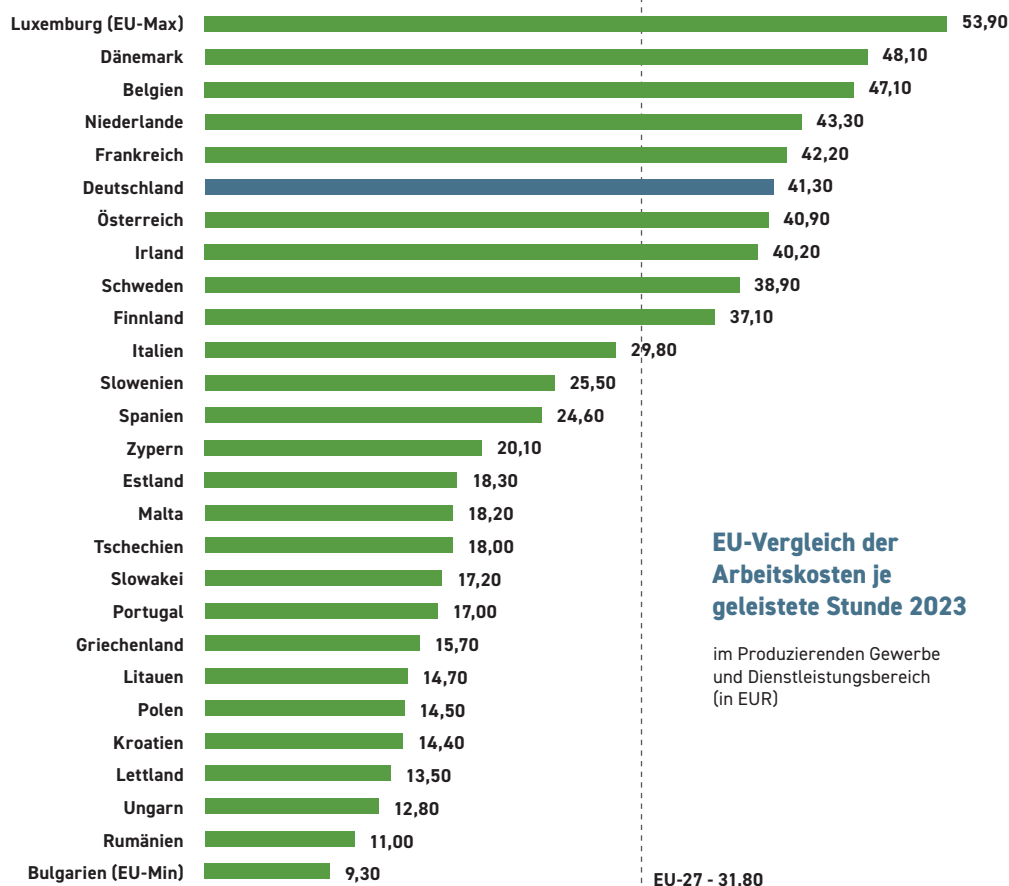
Allerdings: Im mehrjährigen Vergleich hat Deutschland dabei offenbar an Anziehungskraft eingebüßt – denn 2018 hatten wir noch Rang zwei belegt. Immerhin: Nach einem Auslandsjob suchten demnach lediglich 7 Prozent der 14.000 hierzulande Befragten, darunter neben Einheimischen auch Einwanderer. Als bevorzugte Ziele wurden die Schweiz und Österreich genannt.



## Arbeitskosten werden zum Standortnachteil

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, zahlten Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und Dienstleister in Deutschland im vergangenen Jahr durchschnittlich 41,30 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Damit rangiert das Arbeitskostenniveau hierzulande im EU-Vergleich auf Platz sechs und deutlich über dem Mittelwert von 31,80 Euro. „Das im internationalen Vergleich hohe Niveau entwickelt sich immer mehr zu einem Standortnachteil“, warnt die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK).

Laut der jüngsten DIHK-Konjunkturumfrage sieht rund die Hälfte der Unternehmen in den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko: „Mittlerweile werden Arbeitskosten fast genauso häufig als Risiko genannt wie die nach wie vor hohen Energie- und Rohstoffpreise“, so der Verband.



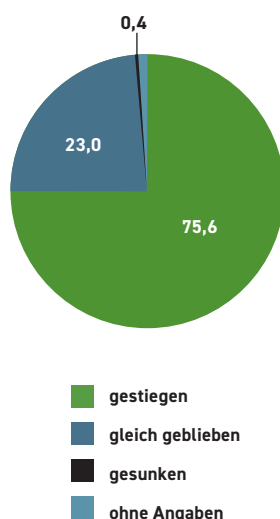
### EU-Vergleich der Arbeitskosten je geleistete Stunde 2023

im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich (in EUR)

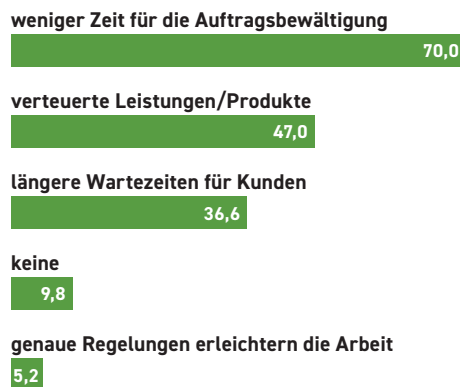
Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

## Bürokratiebelastungen steigen

Die überwältigende Mehrheit (75,6 Prozent) der Mittelständler hat eine Zunahme bürokratischer Auflagen festgestellt, meldet der „Creditreform Geschäftsklimaindex (CGK)“. Der gestiegene Bürokratieaufwand entwickelt sich zu einem Hemmnis für die Geschäftsentwicklung. Den Unternehmen bleibt weniger Zeit für Aufträge (70,0 Prozent), was zu längeren Wartezeiten für die Kunden führt (36,6 Prozent). Auch die Kosten steigen, beispielsweise durch zusätzliches Personal.



### Entwicklung des bürokratischen Aufwands im vergangenen Jahr und die Folgen der Bürokratie für den Mittelstand (Angaben in Prozent)



(Mehrfachnennungen möglich)

Quelle: Creditreform; MI-FRÜ/2024/06

# Die Deutschen sehen sich gerne als links, doch sie irren

Von Beatrice Achterberg



**Beatrice Achterberg** studierte Germanistik und Amerikanistik/Anglistik an der Universität Potsdam. Nach dem Hochschulabschluss folgte das Volontariat an der Axel-Springer-Akademie mit Stationen bei „Musikexpress“ und „Welt“. Seit Juli 2022 ist sie Politik-Redakteurin im Berliner Büro der „Neuen Zürcher Zeitung“.

Die meisten Deutschen halten sich für links. In Umfragen aus den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren bezeichnen sich viele Bürger – besonders Akademiker – als „links“ oder „eher links“. „Rechts“ oder konservativ möchte in Befragungen kaum jemand sein. Der Begriff „rechts“ ist unrettbar mit Nazi-Assoziationen überladen.

Auch deshalb dürfte der Aufschwung der lange geächteten Rechtsaußen-Partei am Selbstverständnis vieler Deutschen kratzen. Zwar ist die AfD von ihren absoluten Spitzenwerten herunter, liegt jedoch in der jüngsten Umfrage des ARD-DeutschlandTrends bei 18 Prozent. Nur die Unionsparteien lägen noch vor der AfD, wenn derzeit gewählt würde. Mit Beklemmung blicken andere Parteien, Politikwissenschaftler und Medienvertreter auf die Zahlen. Rufe Richtung CDU, auf jeden Fall die „Brandmauer“ aufrechtzuerhalten, werden lauter.

Währenddessen bemühen sich Mitglieder der Rechtsaußenpartei nicht einmal mehr, sich einen staatsbürgerlichen Anstrich zu geben. Thüringens AfD-Kandidat für das Ministerpräsidentenamt Björn Höcke muss sich momentan vor Gericht verantworten, weil er eine verbotene SA-Losung in einer Rede verwendet hat. Der EU-Spitzenkandidat Maximilian Krah fällt mit unappetitlicher China-Nähe auf.

Doch „rechts“ steht in der Politiktheorie gemeinhin für konservative bis reaktionäre Gesellschafts- und marktwirtschaftliche Ordnungspolitik. Der

Geschichtsrevisionismus eines Höcke oder das Kuscheln mit autoritären Staaten ist Teil rechtsextremer Ideologie und nicht per se „rechts“. Die Angst vor dem Begriff machen sich linke Parteien zunutze, wenn sie der Union vorwerfen, „rechtspopulistisch“ zu sein, am „rechten Rand zu fischen“ oder gar „rechte Hetze“ zu betreiben. Nützen soll das der SPD, zumindest meinen einige Sozialdemokraten das. Noch mehr aber den Grünen, die wissen, dass sie an die AfD kaum Wähler zu verlieren haben. So bequem kann es sich die Union um Friedrich Merz nicht machen.

In den entscheidenden Debatten um Migration, Klimapolitik oder Corona-Maßnahmen dominierte in vielen Medien unverkennbar eine linke Agenda. Aber aktuelle Wahlumfragen zeigen eine konservativ-liberal-rechte Mehrheit in der stimmberechtigten Bevölkerung von etwa 55 Prozent für CDU/CSU, FDP und AfD. Die Ampelparteien und Linke erreichen nur um die 35 bzw. die Linke weniger als 5 Prozent.

Der Historiker Andreas Rödder lag richtig, als er zu Beginn des Jahres den Grünen das Ende ihrer kulturellen Hegemonie bescheinigte. Wer die öffentliche Deutungshoheit besäße und die eigenen Vorstellungen als allgemein erstrebenswert etablieren könne, brauche keine Mehrheiten und müsse nicht einmal formell regieren, um Macht im Staate auszuüben, so Rödder.

Wenn sich in einer Demokratie die Mehrheit unverstanden, unberücksichtigt oder gar diffamiert fühlt, droht die gerade auch in Deutschland zu beobachtende Erstarkung der Ränder. Doch die Universaldiffamierung als „rechts“ zieht nicht mehr, wenn es als rechts gilt, friedliche Freibäder zu wollen, Autos mit Verbrennungsmotor zu fahren und sich eine geregelte Migration an den Außengrenzen der EU zu wünschen. Politiker der viel beschworenen Mitte sollten sich an der echten Mehrheit orientieren, nicht an der gefühlten. ●

*Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.*

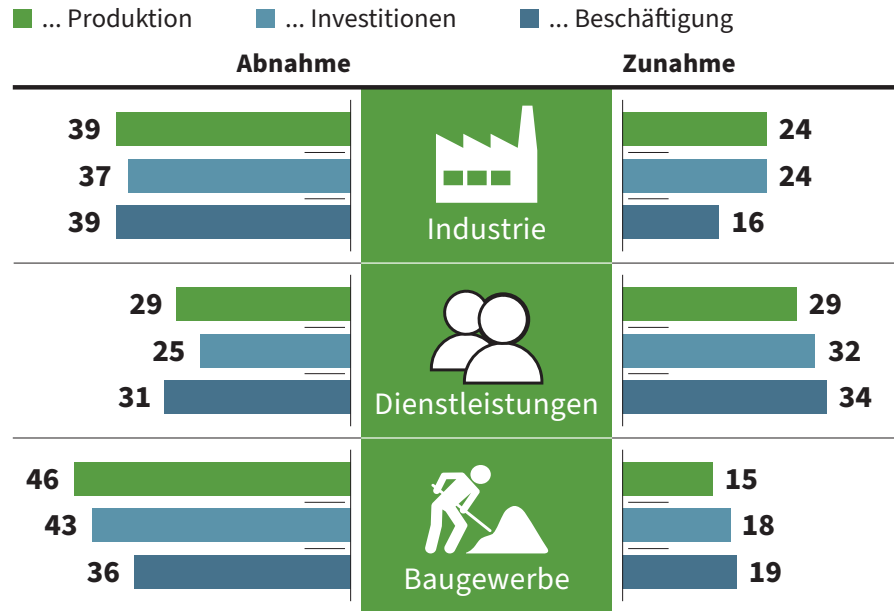


So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Jahr 2024 gegenüber 2023 diese Entwicklung der ...

## Trübe Aussichten für dieses Jahr

Laut der aktuellen IW-Konjunkturumfrage ist die Produktionslage in 39 Prozent der Unternehmen schlechter als vor einem Jahr, nur 18 Prozent sehen eine Verbesserung. Die Erwartungen für das Gesamtjahr 2024 fallen nur wenig besser aus – 37 Prozent der Befragten gehen von schlechteren Geschäften als 2023 aus, lediglich 23 Prozent rechnen mit einem Aufwärtstrend.

Besonders negativ schätzen die Betriebe der Baubranche und der Industrie ihre Perspektiven ein, während sich im Dienstleistungssektor Optimismus und Pessimismus in etwa die Waage halten.



Rest zu 100: gleichbleibend  
Befragung von 2.072 Unternehmen im März/April 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW medien / iwv

Anzeige

**FÜR  
BERLIN**  
SEIT 100 JAHREN

**Investitionsbank  
Berlin**

# Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB

Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

[ibb.de/wachsen](http://ibb.de/wachsen)



Fotos: Sebastian Werl, Martje Tabelling, Christoph Sprich, Bastian Pophal, Lukas Flanstein, Lars Jungling-Dahlhoff

MIT wirkt! Wir konnten zahlreiche Erfolge verbuchen – vom Grundsatzprogramm bis zu den Sachanträgen

# So war der 36. CDU-Parteitag



1. Friedrich Merz und die Mitglieder der Programm- und Grundsatzkommission mit der finalen Version des Grundsatzprogramms „In Freiheit leben“, 2. MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann mit Jens Spahn, 3. CDU-Vorsitzender Merz, der mit 90 Prozent im Amt bestätigt wurde, 4. Gitta Connemann ist eine gefragte Interviewpartnerin, 5. MIT-Bundesvorsitzende mit der MIT-NRW-Landesvorsitzenden Angela Erwin, 6. Gitta Connemann mit den stellvertretenden Parteivorsitzenden Michael Kretschmer und Andreas Jung, 7. Hinter den Tischwahlkabinen wählen die 1001 Delegierten den neuen Bundesvorstand der CDU Deutschlands, 8. Gitta Connemann im Plenum, 9. CDA und MIT in Eintracht: Die Vorsitzenden Karl-Josef Laumann und Gitta Connemann im Interview, 10. Der Senioren-Union-Vorsitzende Fred-Holger Ludwig mit Gitta Connemann und der Schüler-Unions-Vorsitzenden Feodora Lüdemann, 11. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff, 12. Am stets gut besuchten Stand: MIT-Bundesvorstandsmitglied Holger Cosse, 13. Im Livestream konnte der gesamte Parteitag auch von zu Hause verfolgt werden

**W**as für ein furioser Start ins Wahljahr! Auf dem 36. Parteitag der CDU in Berlin haben wir die Weichen in Richtung Zukunft gestellt. Der Parteitag war ein starkes Signal der personellen Geschlossenheit, der inhaltlichen Profilierung und des Bekenntnisses zur Europäischen Union. Höhepunkt war das neue Grundsatzprogramm mit dem Titel „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“. Und eines war schnell klar: Die MIT hat kräftig an dem Grundsatzprogramm mitgeschrieben – MIT wirkt!

Viele Impulse der MIT sind bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms wie auch bei den Beratungen auf dem Parteitag in das Grundsatzprogramm eingeflossen. Dazu zählen u.a.:

- das Bekenntnis zur Option Kernkraft und zur Erforschung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation sowie von Fusionskraftwerken.
- Ergänzung des Opt-out bei der verpflichtenden kapitalgedeckten Altersvorsorge. Dies soll es dort geben, „wo noch keine zusätzliche Vorsorge vorhanden ist.“
- Streichung der Einführung eines „Startkapitals“: Nach einer intensiven Debatte und Redebeiträgen verschiedener MITler wurde auf Antrag der MIT die Forderung nach einem „Startkapital zur Vermögensbildung für neu geborene Kinder“ aus dem Grundsatzprogramm gestrichen. Zugleich haben Fried-

rich Merz und Carsten Linnemann angekündigt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Diese soll für das Regierungsprogramm ein Konzept erarbeiten, wie mehr Eigentums- und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gelingen kann.

- Bekenntnis zu einer attraktiven Unternehmenssteuer und zum Schutz der Substanz in der Erbfolge.
- Verpflichtung auf einen marktwirtschaftlichen, technologieoffenen Ansatz beim Klimaschutz und zum Emissionshandel als Leitinstrument.
- Ergänzung des Klimageldkonzeptes um eine Entlastung der mittelständischen Wirtschaft aus den Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung.
- Bekenntnis zur Freiberuflichkeit und zum dualen System im Gesundheitswesen.
- Bekenntnis zur Freiheit und zum Schutz der Handelswege.
- Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung.
- Stärkung der dualen Ausbildung.
- Verankerung eines Staatsziels Ernährungssicherung: Dieser MIT-Antrag ist erst nach einer – u.a. von Gitta Connemann – leidenschaftlich geführten Debatte auf dem Parteitag von den Delegierten in das Grundsatzprogramm aufgenommen worden.
- Bekenntnis zu einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft mit Planungssicherheit, ohne staatliche Feinsteuern und mit einer Honorierung der Ökosystemleistungen. Bei den von uns gestellten Sachanträ-

# ... und alle trafen sich am MIT-Stand!



1. Auch die Kleinsten hatten viel Spaß am MIT-Abstimmungs-tool: Tilman Kuban mit Nachwuchs, 2. Andrea Klieve, Co-Vorsitzende der MIT-Bundesfachkommission Arbeit und Soziales, 3. MIT – Das Herz der CDU, 4. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann mit MIT-Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg, 5. Auch die stellvertretende Vorsitzende der Programm- und Grundsatzkommission Serap Güler beteiligte sich an der Abstimmung am MIT-Stand, 6. Steffen Bilger, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 7. Bestes Ergebnis bei den Beisitzerwahlen zum Bundesvorstand: Joe Chialo, Berliner Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, 8. Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, amüsiert sich über die Give-Aways am Stand (Schnapsgläser mit dem Aufdruck „Verbrennerverbot KIPPEN“), 9. Auch Hessens Ministerpräsident Boris Rhein weiß, was der Mittelstand braucht, 10. Wiebke Winter, stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der Bremischen Bürgerschaft, 11. Gut gelaunt bei der Abstimmung: Jan-Marco Luczak, 12. Henning Otte am MIT-Stand, 13. Olaf Werner, Mitglied im MIT-Bundesvorstand, 14. MIT-Frauenpower: Gitta Conneemann mit ihrer Stellvertreterin Dorin Mützel-Brenncke, MIT-Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern, 15. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst mit vollem Einsatz, 16. Der Mittelstand braucht Bürokratieabbau: MIT-Präsidiumsmitglied Jana Schimke



gen ist der Bundesparteitag den Voten der Antragskommission ohne Debatte gefolgt. Folgende Sachanträge der MIT wurden vom Bundesparteitag beschlossen:

- Tragfähigkeitsbericht für die Sozialversicherungen (gemeinsamer Antrag mit Junge Union und Senioren Union)
  - Forschungsstandort Deutschland stärken
  - „Finger weg vom GWB“
  - Fachkräfteeinwanderung durch Zeitarbeit
  - „Keine neuen Werbeverbote“
- Zudem ist ein von Gitta Conneemann unterstützter Initiativantrag zur Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft verabschiedet worden.

Und bei den Personalien? Aus dem MIT-Bundesvorstand sind Ruth Baumann und Thomas Jarzombek in den CDU-Bundesvorstand gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!





# Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

## **Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.**

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

**Weil's um mehr als Geld geht.**



# Vier-Tage-Woche: Können wir uns das



Die Gewerkschaften fordern mehr Freizeit, die Arbeitgeber mehr Bock auf Arbeit.

Deutschland diskutiert über die Vier-Tage-Woche – in Zeiten von Stagnation und Fachkräftemangel

**N**achdem Österreich trotz massiver Proteste bereits 2018 mit einer Arbeitszeitreform den 12-Stunden-Arbeitstag eingeführt hat, kommt in Griechenland zum 1. Juli dieses Jahres die „freiwillige Sechs-Tage-Woche“. Sowohl die österreichische als auch griechische Regelung setzt durch etwaige Zuschläge ganz bewusst Anreize zur Mehrarbeit. Ob damit die Fachkräfteprobleme gelöst werden können, bleibt abzuwarten. In Deutschland wird bei einem mindestens ebenso angespannten Arbeitsmarkt die Einführung einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert. Man fragt sich also: Wie geht das zusammen?

Blickt man auf die Zahlen der OECD-Statistik zur durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit in den Industrieländern liegt Deutschland im Jahr 2022 mit lediglich 1.341 Stunden weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Der OECD-Schnitt lag bei 1.752 Stunden, Polen bei 1.815, Griechenland bei 1.886 und Mexiko an der Spitze mit 2.126 Stunden.

Die Zahlen eignen sich jedoch nur begrenzt für Vergleiche zwischen Ländern, worauf die OECD selbst hinweist. Abgesehen von einzelnen statistischen Schwächen bei der Erhebung der Daten, kommt es insbesondere bei den Zahlen aus Deutschland zu einer besonderen Verzerrung. Die OECD hat die geleistete Arbeitszeit pro Beschäftigten erhoben. Da in Deutschland die Frauenerwerbsquote weit über der anderer Länder liegt, gleichzeitig aber rund jede zweite Frau in Teilzeit arbeitet, kommt es zu einer rechnerischen Reduzierung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit.

## Wochenarbeitszeit stagniert seit Jahren

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat in seinem Kurzbericht (06/2024) aktualisierte Zahlen zur Arbeitszeitentwicklung im Jahr 2023 sowie Prognosen für das Jahr 2024 vorgelegt. Danach rechnet das IAB für das laufende Jahr mit einer Zunahme der Jahresarbeitszeit um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dennoch liegt die durchschnittliche Arbeitszeit immer noch deutlich unter dem Stand von vor der Pandemie.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen, das Produkt aus der durchschnittlichen Arbeitszeit und der gesamten Erwerbstä-

# leisten?

tigenzahl, nimmt im Jahr 2024 voraussichtlich um 0,9 Prozent zu. Grund für den Anstieg ist allein die aktuell noch weiter steigende Zahl der Erwerbstätigen, die die bestehenden Arbeitszeitrückstände kompensiert.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Beschäftigten wird im Jahr 2024 voraussichtlich unverändert auf dem niedrigen Niveau von 30,4 Stunden verbleiben. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller in Vollzeit beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird im Jahr 2024 unverändert bei 38,2 Stunden liegen und auf dem Niveau der letzten zehn Jahre stagnieren.

## „Arbeitszeit verkürzen heißt auch Arbeitsplätze schaffen“

... mit dieser Textzeile hat die Band Tiefenrausch im Jahr 1984 den sechseinhalb Wochen andauernden Streik der IG Metall um die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie begleitet. Dieses Zitat zeigt, in welchem arbeitsmarktpolitischen Umfeld sich diese Forderung damals bewegt hat. 40 Jahre später – in Zeiten von Fach- und Arbeitskräftemangel – undenkbar?

Seit dem Ende der Corona-Pandemie, die in vielen Branchen zu unfreiwilligen Arbeitszeitverkürzungen durch

Kurzarbeit und Kündigungen geführt hatte, mehren sich vielfach wieder die Forderungen nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Auch viele Gewerkschaften reichern damit ihre Forderungskataloge an. So erreichte zuletzt die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) mit ihrer beispiellosen Streikwelle eine stufenweise Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden. Die IG Metall macht nun offenbar einen Rückzieher von ihrer Überlegung, in der nächsten Tarifrunde eine 32-Stunden-Woche zu fordern. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) forderte auf seinen jüngsten Kundgebungen zum 1. Mai jedoch nicht nur „mehr Lohn“ und „mehr Sicherheit“, sondern auch „mehr Freizeit“.

Eine Umfrage der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung aus 2023 lässt vermuten, dass die Gewerkschaften damit durchaus dem Zeitgeist entsprechen. Danach wünschen sich rund 81 Prozent der befragten Vollzeitbeschäftigten eine Vier-Tage-Woche. Knapp 73 Prozent der Befragten gaben dabei an, eine Arbeitszeitverkürzung nur bei gleichem Lohn zu wollen.

Hier stellt sich also die Frage: Können wir uns das in Zeiten eines sich durch den demographischen Wandel weiter verschärfenden Fachkräftengpass überhaupt leisten?

## Mehr Produktivität durch weniger Arbeitstage?

„Den Preis, den wir mit einem volkswirtschaftlichen Produktivitätsverlust für eine Vier-Tage-Woche kurz- und mittelfristig bezahlen würden, ist immens hoch“, beantwortet diese Frage Carlos Frischmuth,



**Christina Ramb**

Mitglied der BDA-  
Hauptgeschäftsführung

„Wenn wir den Wirtschaftsstandort stärken wollen, sollten wir lieber darüber nachdenken, wie wir (Mehr-)Arbeit attraktiv und insbesondere für Frauen möglich machen.“

**Carlos Frischmuth**

Managing Director (Hays AG)  
& Autor („New Work Bullshit“)

„Die Produktivitätsillusion, die in vielen Köpfen aus der Arbeitszeitverkürzung aus dem Industriezeitalter des letzten Jahrhunderts herumgeistert, lässt sich so nicht fortschreiben.“

**Holger Schäfer**

Senior Economist beim IW

„Die Erfahrungsberichte aus England und aus anderen Ländern sind ohne Wert für die deutsche Debatte.“



Managing Director des Personaldienstleisters Hays und Autor von „New Work Bullshit“. „Die Produktivitätsillusion, die in vielen Köpfen aus der Arbeitszeitverkürzung aus dem Industriezeitalter des letzten Jahrhunderts herumgeistert, lässt sich so nicht fortschreiben“, so Frischmuth weiter.

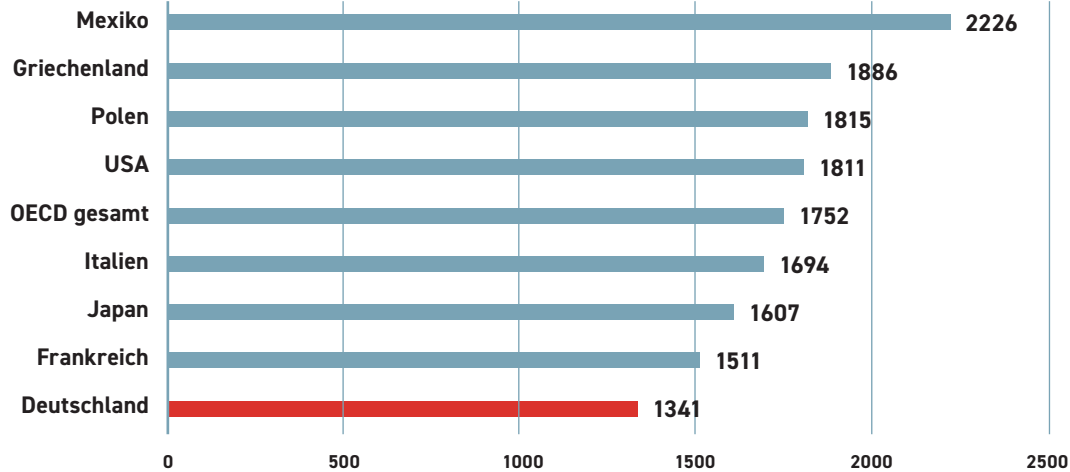
Einige Erfahrungsberichte zur Vier-Tage-Woche suggerieren aktuell jedoch genau das Gegenteil. So betitelte Tagesschau.de im März 2024 einen Bericht über ein Pilotprojekt aus Großbritannien mit „Kleines Wirtschaftswunder dank Vier-Tage-Woche“. Die Nichtregierungsregierungsorganisation „Autonomy“, die das Projekt begleitete, fasst ein positives Fazit: Über 50 der 61 teilnehmenden Unternehmen wollen am neuen Arbeitszeitmodell festhalten. Seit Februar 2024 testen nun auch 50 Unternehmen verschiedener Branchen aus ganz Deutschland die Vier-Tage-Woche in ihren Betrieben.

Holger Schäfer, Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), bewertet diese „Studien“ sehr kritisch, denn die Erfahrungsberichte aus England und aus anderen Ländern seien aus drei Gründen ohne Wert für die deutsche Debatte: „Erstens waren nur Unternehmen beteiligt, die sich aktiv dafür bewarben, zweitens wurden keine Vergleichsgruppen gebildet und drittens wurde die Produktivität – das heißt die Wertschöpfung je Arbeitsstunde – als alles entscheidende Maßzahl gar nicht konsistent erhoben.“ Es bleibe somit zweifelhaft, ob eine Arbeitszeitverkürzung durch entsprechende Arbeitsverdichtung überhaupt kompensiert werden kann.

Tatsächlich ist die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde in den letzten 30 Jahren um lediglich etwas mehr als ein Prozent pro Jahr gestiegen, in den letzten zehn Jahren lag der Anstieg sogar unter einem Prozent pro Jahr. Das heißt, das Produktivitätswachstum geht im Trend zurück. Im letzten Jahr war dieses sogar negativ. „Wollte man eine Arbeitszeitverkürzung von fünf auf vier Tage kompensieren, bräuchte es weit über 20 Jahre“, rechnet IW-Experte Holger Schäfer vor. Mit dem demographischen Wandel werde es weniger Arbeitskräfte geben. „Wenn die Menge produzierter Güter und Dienstleistun-



Quelle: <https://data.oecd.org/emp/hours-worked.htm>



gen – also unser Wohlstand – nicht sinken soll, müssen wir mehr arbeiten, nicht weniger“, hält Schäfer abschließend fest.

**Die Lösung: Anreize und Flexibilität!**

Der Forderung nach mehr Arbeit kann sich die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) und alternierende Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit (BA), Christina Ramb, anschließen. „Die Debatte über die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich passt nicht in die Zeit. Wenn wir den Wirtschaftsstandort stärken wollen, sollten wir lieber darüber nachdenken, wie wir (Mehr-)Arbeit attraktiv und insbesondere für Frauen möglich machen“, merkt Ramb an.

Ein Blick in das auf dem 36. Parteitag in Berlin beschlossene Grundsatzprogramm zeigt, dass die CDU attraktive Rahmenbedingungen schaffen will, mehr und auch länger zu arbeiten. Dazu gehört neben der steuerlichen Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen sowie

der Steuerfreiheit von Überstunden auch die sogenannte Aktiv-Rente, wonach Altersrentner einen bestimmten Betrag steuerfrei hinzuverdienen können sollen. Darüber hinaus bedarf es weiterer Anreize, insbesondere bei den Hinzuverdienstgrenzen von Bürgergeldempfängern.

Mit einer umfassenden Reform des Arbeitszeitrechts ließe sich zusätzlich die nötige Flexibilität schaffen, die viele Unternehmen und vor allem deren Beschäftigte vermissen. In einem ersten Schritt sollte daher statt einer werktäglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit eingeführt werden. Darauf aufbauend braucht es eine Reform der strengen Ruhezeiten, insbesondere um Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Ein modernes Arbeitszeitrecht böte letztlich auch die Grundlage zur Einführung neuer Arbeitszeitmodelle, ohne das Arbeitszeitvolumen reduzieren zu müssen.



**Bastian Pophal**  
Referent für Arbeit und Soziales  
pophal@mit-bund.de

Anzeige

# Logistik-Lösungen für Leistungsträger

dynamisch · zertifiziert · inhabergeführt



## Für kleine und ganz große Aufgaben:

120.000 Palettenstellplätze · 160 Fahrzeuge · 500 Mitarbeiter · Warehouse-Management · SAP · Onlinehandel · Li-Ion-Akku-/Batterie-/Gefahrgutlager  
Sondertransporte · Sicherheitsbereich · Entsorgung · eigenes Büro möglich  
Reg.B. · BIO-zertifiziert · 365/24 -Lager im Dreieck A7 / A2



Logistik · Network · Workspace

[www.ebeling-logistik.de](http://www.ebeling-logistik.de)

Hannover / Wedemark · Tel. 05130-5800-0



Weil wir's können. **Logistik**

# Privat-Kapital: So überwindet man die „German Angst“

Die Gesetzgebung benachteiligt Zukunftsinvestitionen. Damit muss Schluss sein!

**D**ie Deutschen sind vorsichtig. Das ist gut so. Aber leider nicht immer. Sogar im Englischen spricht man von der „German Angst“. Neue Methoden wie Fracking oder Gentechnik haben es deshalb bei uns besonders schwer. Auch beim Vermögensaufbau sind wir immer noch etwas zu vorsichtig, sagen Experten.

Wie eine Studie der Gothaer zeigt, wagt knapp die Hälfte der Deutschen beim Thema Geldanlage nur sehr wenig. Vielmehr steht für 50 Prozent der Anleger das Thema Sicherheit bei der Geldanlage an erster Stelle. Dementsprechend setzen 46 Prozent mit dem Sparbuch nach wie vor auf den vermeintlich sicheren Weg. Dass bei hoher Inflation ein Sparbuch nicht das beste Mittel der Wahl ist, haben die letzten Jahr gezeigt.

So überrascht es nicht, dass bei einem Geldvermögen der Deutschen von ca. 7,5 Bio. Euro (Stand: 2023) nur ein Bruchteil des Vermögens seinen Weg ins Beteiligungskapital (Private Equity) oder Wagniskapital (Venture Capital) fand. Nur noch 6 Mrd. Euro flossen 2023 in heimische Wachstumsunternehmen, was ein Bruchteil der 188 Mrd. Euro sind, die Investoren zuletzt in den USA aufwendeten.

Wie der „Deutsche Start-Up Monitor 2023“ zeigt, führen das schwierige wirtschaftliche Umfeld und die hohen Zinsen bei 43,9 Prozent der hiesigen Start-ups zu Finanzierungsgpässen. Doch

gerade diese Start-ups sind die Treiber der nachhaltigen und digitalen Transformation. Sie stärken Europa im globalen Wettbewerb, bieten innovative Lösungen und erneuern die KMU-Landschaft.

Auch gesellschaftlich wäre ein stärkeres finanzielles Engagement unserer Bürger ein Schritt in die richtige Richtung. Die jährliche Rendite in europäisches Venture Capital betrug in den letzten zehn Jahren 20,7 Prozent, was ungefähr einer Verdreifachung des eingesetzten Kapitals entspricht. Kapitalsammelstellen, wie Pensionskassen oder Versicherer, sollten die ihnen zur Verfügung gestellten Beiträge zum Besten ihrer Mitglieder einsetzen – dazu gehören Private-Equity- und Venture-Capital-Investitionen.

Doch die Gesetzgebung benachteiligt Zukunftsinvestitionen. Sie privilegiert bei Anlagen institutioneller Investoren solche mit hoher Bonität, um

die Anleger vor einem Ausfall zu schützen, aber damit entgeht auch die Chance auf angemessene Renditen. Es sollten europäische Voraussetzungen geschaffen werden, institutionelle Investoren zu verpflichten oder ihnen die regulative Freiheit zu geben, etwa 5 bis 10 Prozent in Venture Capital zu investieren. Großbritanniens Finanzminister Jeremy Hunt hat genau diesen Schritt schon letztes Jahr in der „Mansion House Erklärung“ für sein Land angekündigt.

Ulrike Hinrichs, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbands Beteiligungskapital (BVK), fasst die notwendigen Impulse zusammen: „Regulatorische Hindernisse und Beschränkungen sind Barrieren, die durch politische Reformen und eine Liberalisierung der Investmentvorschriften abgebaut werden sollten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz arbeitet an verbesserten Rahmenbedingungen, doch ist eine weitere Öffnung und Zugänglichkeit für Investoren nötig. Die Förderung privater Dachfonds und ein Nachfolgemodell für den Wachstumsfonds 2023 sind ebenfalls wichtig. Zudem muss das Thema Steuerneutralität adressiert werden, um rechtliche Unsicherheiten und Verunsicherungen bei Investoren durch klare steuerliche Regelungen zu beseitigen.“

Fazit: Ohne die Mobilisierung von privatem Kapital wird der Gesellschaft die Chance auf Wohlstand verwehrt – und den Unternehmen eine wichtige Finanzierungsquelle. ●



Ulrike Hinrichs, geschäftsführendes Vorstandsmitglied BVK (Bundesverband Beteiligungskapital)



Louis Müller-Rettstatt  
Redakteur  
mueller-rettstatt@mit-bund.de



Professional Managed Services

# Geben Sie Aufgaben ab. Nicht die Kontrolle.

Sie wollen sich voll auf Ihre Kernkompetenzen konzentrieren? Professional Managed Services ist viel mehr als Outsourcing – wir kombinieren unser umfassendes Geschäftsverständnis und Fachwissen mit tiefer Daten- und Technologiekompetenz. So können wir bestehende Abläufe nicht nur schnell übernehmen und umsetzen, sondern entscheidend vereinfachen und nachhaltig verbessern. Jetzt mehr erfahren unter [www.pwc.de/managed-services-mittelstand](http://www.pwc.de/managed-services-mittelstand)





Daniel Caspary ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Im Gespräch mit Chefredakteur Fabian Wendenburg spricht er über Europas einmalige Chance bei dieser Wahl – und was dieses Mal auf dem Spiel steht



# „Die Menschen wollen keine Polarisierung“

*Fabian Wendenburg: Herr Caspary, wir befinden uns unmittelbar vor der Europawahl. Warum müssen die Unternehmer und Mittelständler in Deutschland zur Wahl gehen?*

**Daniel Caspary:** Der Großteil der Regeln, nach denen wir leben, wird in Europa entschieden. Wir brauchen in Europa endlich Mehrheiten dafür, den Unternehmen Spielräume zu geben, damit sie sich entfalten können. Vieles, über das wir uns in Europa ärgern, hat damit zu tun, dass wir strukturell eine linke Mehrheit haben und die Mitglieder der Europäischen Kommission strukturell links sind. Wir haben jetzt eine einmalige Chance: Denn die EVP stellt in zwölf, ggf. bald 14 Mitgliedstaaten den Regierungschef. Gemeinsam mit einer Mehrheit im Europäischen Parlament könnten wir die Politik in den nächsten fünf Jahren prägen. Wir wollen dabei klarmachen: CDU/CSU sind die gestalterische Kraft der Mitte, die Grünen stimmen gegen Klimagesetz, da sie nicht kompromissbereit waren. Die SPD will mehr Schulden auf EU-Ebene und den europäischen Sozialstaat. Und die AfD will das Europäische Parlament abschaffen und mit einem Dexit Deutschland aus der EU führen.

*Die Union und auch die MIT haben Kernforderungen zur Europawahl formuliert. Was sind die drei größten Herausforderungen für die EU? Was müsste sich in fünf Jahren aus Ihrer Sicht verändert haben?*

Wir können es an den drei Schlagworten Freiheit, Sicherheit und Wohlstand festmachen. Wir müssen unsere Freiheit gegen Angriffe von außen verteidigen. Bei rund 30.000 Rechtsakten, die derzeit in der Europäischen Union in Kraft sind, geht es aber auch um bürgerliche und unternehmerische Freiheiten. Deswegen brauchen wir bei Regulierungen nicht „One-In-One-Out“, sondern „One-In-Two-Out“. Wir müssen entbürokratisieren. Für Wirtschaft und Mittelstand geht es aber auch um besseren Zugang zu Finanzierung und die Stärkung von Innovation und Forschung. Wir müssen zweitens mehr für unsere innere und äußere Sicherheit tun. Das hat auch etwas mit unternehmerischen Chancen zu tun, etwa die Sicherung von Lieferketten. Drittens ist unser Anspruch, dass wir den Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel und die Transformation marktwirtschaftlich gestalten, nicht über Verbote und Einschränkungen. Der „Green Deal“ muss ein

Fotos: Anika Nowak

Deal sein und Geschäftsmodelle ermöglichen. Mit diesem Programm treten wir an.

*Stichwort „Green Deal“: Derzeit ist vermehrt von einem „Industrial Deal“ die Rede. Hier findet also bereits eine Verschiebung statt. Muss der „Green Deal“ nur anders umgesetzt oder völlig neu gedacht werden?*

Klar ist, dass die Klimaziele stehen. Aber Verbrenner- oder Heizungsverbote sind eben der falsche Weg. Wir wollen nun bis zur Wahl weitere wettbewerbsfeindliche Projekte wie die Chemikalienverordnung REACH aufhalten. Friedrich Merz und ich hatten,

**„Wir brauchen in Europa endlich Mehrheiten dafür, den Unternehmen Spielräume zu geben, damit sie sich entfalten können.“**

wie auch die MIT, nach dem Angriff auf die Ukraine ein Belastungsmoratorium gefordert, und das setzen wir mithilfe von Ursula von der Leyen um. Wir haben zudem erreicht, dass fast alle Gesetzgebungen aus dieser Legislaturperiode Überarbeitungsklauseln haben, so dass wir in der nächsten Legislatur alle wesentlichen Themen überarbeiten: Verbrennerverbot, Berichtspflichten, Erneuerbare-Energien-Richtlinie und vieles anderes steht auf dem Prüfstand. Dafür kämpfen wir nun für Mehrheiten.

*Wie ist Ihr Eindruck im Wahlkampf: Hat die EU ein Imageproblem, oder überwiegen im Bewusstsein der Menschen die Chancen wie Binnenmarkt, Euro und offene Grenzen?*

Drei Viertel der Unternehmen sehen die Vorteile der Europäischen Union. Dazu zählen z.B. auch gemeinsame Standards, die für den Mittelstand sehr wichtig sind. Aber wir haben kein Imageproblem, sondern ein echtes Problem. Bürokratie ist kein Eindruck, sondern Realität. Die linke Mehrheit in Brüssel hat Misstrauen



gegen Wirtschaft und Unternehmen. Wir wollen ihnen Freiheit zurückgeben. Sie sollen ihre Zeit nicht für die Erfüllung von Berichtspflichten, sondern für ihr Unternehmertum einsetzen können.

*Diese Berichtspflichten belasten im Übrigen nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Behörden, die die Einhaltung der Pflichten dann kontrollieren. Und damit wird der öffentliche Dienst zunehmend zum Konkurrenten des Mittelstands um Fachkräfte.*

Und genau deshalb müssen wir daran. Deswegen sind nun auch die Unternehmen gefragt, konkrete Vorschläge zu unterbreiten und mitzumachen. Wir sind dabei ihr Partner.

*Ich möchte zwei weitere Forderungen der MIT zur Europawahl konkret aufgreifen: Erstens fordern wir Diskontinuität. Das bedeutet, dass alle nicht beschlossenen Gesetzentwürfe in einer neuen Wahlperiode neu eingebracht werden müssen. Zweitens schlagen wir „Sunset“-Bestimmungen vor – also ein automatisches Auslaufen von Gesetzen, wenn es keine Erneuerung gibt. Unterstützen Sie diese Forderungen?*



**„Wir müssen unsere Freiheit gegen Angriffe von außen verteidigen.“**

Diskontinuität steht in unserem Wahlprogramm, und ich sehe da auch sehr viel Sympathie bei Frau von der Leyen. Das Europäische Parlament kann im Übrigen selbst entscheiden, mit welchen Vorhaben aus der letzten Legislatur es sich beschäftigt und mit welchen nicht. Das ist dann wieder eine Frage von Mehrheiten. „Sunset“-Regeln wünsche wir uns lange, damit ein Gesetz auslaufen kann, wenn es sich nicht bewährt. Dafür gibt es bisher aber keine Mehrheiten. Mindestens müssen Gesetze dann Revisionsklauseln haben, um sie anpassen zu können.



**Daniel Caspary (48)** sitzt seit 2004 im Europäischen Parlament und ist seitdem Mitglied des Ausschusses für Internationalen Handel. Der Technische Diplom-Volkswirt war von 2009 bis 2017 Sprecher der EVP im Handlungsausschuss. Er gilt als eine der einflussreichsten Stimmen im Europäischen Parlament für Freihandel und marktwirtschaftliche Prinzipien. Seit 2017 ist Caspary Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament.

*Ein zentrales Politikfeld der Europäischen Union ist die Handelspolitik. Derzeit ist die EU in viele Verhandlungen involviert, aber es gibt sehr selten erfolgreiche Abschlüsse. So warten wir seit langem darauf, dass das Abkommen mit Mercosur Realität wird. Was kann Europa tun, um neue Dynamik ins Thema Freihandel zu bringen?*

Erstens: Außenhandelspolitik ist europäische Zuständigkeit. Wir müssen Abkommen abschließen können, ohne dass die nationalen Parlamente dies blockieren können. Zweitens: Die EU-Kommission muss bei aktuellen Verhandlungen mehr liefern. Das EU-Parlament steht nicht auf der Bremse. Drittens: In jedem Handelsabkommen werden wir Kompromisse schließen müssen. Wer alles will, wie derzeit die Grünen, der kriegt am Ende gar nichts. Und schließlich: Wir brauchen auch die Wirtschaft, um Mehrheiten für Handelsabkommen zu erreichen.

*Als die jetzige EU-Kommission ins Amt kam, war Donald Trump US-Präsident. Was muss die EU jetzt machen, um sich auf eine mögliche zweite Amtszeit von Trump vorzubereiten?*





*Wie geht es nach der Europawahl weiter? Was passiert, wenn wir die Wahlzettel abgegeben haben?*

Die wichtigste Frage ist: Haben wir eine Mehrheit der demokratischen Kräfte zur Wahl unserer deutschen Kommissionspräsidentin? Das Parlament konstituiert sich Mitte Juli und wählt anschließend auf Vorschlag des Europäischen Rates die Kommissionspräsidentin. Wir werden ihr dann ein klares Programm mitgeben. Unser EVP-Wahlprogramm ist auch ihr Wahlprogramm. Und wir müssen dann

**„Wir müssen Abkommen abschließen können, ohne dass die nationalen Parlamente dies blockieren können.“**

Erstens müssen wir uns eigenständiger und selbstbewusster aufstellen, vor allem im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Unser Ziel ist es, Europas Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu stärken und die Abhängigkeit von externen Partnern zu verringern. Dies schließt die Unterstützung gemeinsamer Projekte zur Entwicklung und Beschaffung von Verteidigungsgütern sowie die Verbesserung der operativen Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten ein. Wir wollen aber auch die Cybersicherheit und den Schutz kritischer Infrastruktur auf europäischer Ebene stärken.

Zweitens brauchen wir weiter Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Europa, sonst wird ein US-Präsident Trump uns als Verhandlungspartner nicht ernst nehmen. Auch deshalb müssen wir die Wirtschaft wieder mehr in den Fokus nehmen.

gemeinsam mit Ursula von der Leyen vieles aus diesem Programm in das Arbeitsprogramm der Kommission aufnehmen. Dabei haben die sogenannten „Mission Letters“ eine besondere Bedeutung für die Arbeit der Kommission und ihrer Kommissare. Sie definieren die Zuweisung von Aufgaben und Zuständigkeiten und legen gleichzeitig die strategische Ausrichtung fest. Hier können und müssen erste Pflöcke für eine erfolgreiche Ausgestaltung der Politik in der nächsten Legislaturperiode eingerammt werden. Wichtig ist parallel der Prozess im Europäischen Rat, der mit der „Strategischen Agenda 2024 – 2029“ seine Prioritäten im Juni 2024 festlegen wird.

*Sie haben in diesem Gespräch sehr engagiert dafür geworben, linke Mehrheiten zu überwinden und eine konservative Mehrheit zu*





*erreichen. Gibt es da eine „rote Linie“ oder „Brandmauer“ nach rechts – auch vor dem Hintergrund, dass die rechtspopulistischen Parteien im Europäischen Parlament ja sehr unterschiedlich sind?*

Wir sind die Brandmauer. Wenn wir davon reden, die linke Mehrheit zu überwinden, dann steckt dahinter nicht der Wunsch, eine rechte Mehrheit mit Rechtsextremen dagegen zu stellen. Wir müssen vielmehr dahin zurückkommen, was Europa geprägt und erfolgreich gemacht hat, nämlich, dass es eine breiten Konsens bei

den wichtigsten Fragen wie der Wettbewerbsfähigkeit, dem Kampf gegen den Klimawandel oder einer besseren Aufstellung bei Sicherheit und Verteidigung gibt. Solche Fragen können nicht mit knappen Mehrheiten rechts gegen links entschieden, wie es beim Verbrennerverbot der Fall war. Diese Fragen müssen von einer breiten Mehrheit der Mitte getragen werden. Die Menschen wollen keine Polarisierung.

*Herr Caspary, haben Sie vielen Dank für dieses Gespräch.*



Anzeige

## Wir laden Deutschland

Willkommen im  
EnBW HyperNetz.

[enbw.com/WirLadenDeutschland](https://enbw.com/WirLadenDeutschland)



# Europäische Mittelstandspolitik – Von Politik vs. Wirtschaft zu Politik mit Wirtschaft

Meinungsbeitrag der Europaabgeordneten Marion Walsmann und Markus Ferber, Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe (PKM Europe)

**D**ie Dekarbonisierung der Industrie, geopolitische Risiken sowie global veränderte Wettbewerbsbedingungen stellen europäische Unternehmen vor immense Herausforderungen. Das ist mittlerweile Common Knowledge. Ob die Erkenntnis den Weg zur Veränderung eröffnet, erfahren wir jedoch in den bevorstehenden fünf Jahren der nächsten europäischen Legislation.

tionalen Marktanteils ausbauen kann. Die Antwort des Gesetzgebers lautete bisher Regulierung im Sekundentakt und ein starres Durchsetzen des 2019 beschlossenen Arbeitsprogramms, allen voran des Green Deals. Dass ökologische Nachhaltigkeit notwendig ist, ist unbestritten. Doch das mit dem gesetzlich formulierten Ziel zu Netto-Null-Emissionen einhergehende Ideologiebetreiben und die unvergleichliche Zunahme von Berichterstattungs-

**„Die Krisen der letzten zwei Dekaden haben das Unternehmertum nachhaltig verändert.“**

Die Krisen der letzten zwei Dekaden haben das Unternehmertum nachhaltig verändert. Vor allem haben sie Europa mit der vernachlässigten Frage konfrontiert, wie sie ihre Wettbewerbsfähigkeit angesichts des zunehmend verringernden interna-

*Marion Walsmann war Europa-Ministerin in Thüringen. Seit 2019 sitzt sie im Europäischen Parlament und ist dort Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Seit 2024 ist sie Sprecherin des Parlamentskreises Mittelstand.*





Markus Ferber sitzt seit 1994 im Europäischen Parlament. Dort bekleidet er das Amt des Sprechers der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Zugleich ist Ferber seit 2013 Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand im EP.

pflichten für Wirtschaft und Verwaltung aus immer komplexer werdender EU-Regulierung führen zu Politikverdrossenheit.

Der europäische Gesetzgeber hat vielerlei Anstrengungen zur Stärkung von KMU unternommen. Etwa mit dem Maßnahmenpaket des KMU-Entlastungspakets, dem Arbeitsprogramm 2024 zur Reduktion von Bürokratie oder dem Aktionsplan zum Arbeitskräftemangel. Auch der Letta-Bericht über die Stärkung des Binnenmarktes gewichtet den Mittelstand stark und sieht die Vereinfachung des Regulierungsrahmens als größte Hürde. Doch es gilt, Vorhaben schnellstmöglich Realität werden zu lassen.

Aus den Versäumnissen der vergangenen fünf Jahre lässt sich leicht ableiten, was das Hauptthema der nächsten fünf Jahre sein muss: Wettbewerbsfähigkeit! Die Position der EU als globale Wirtschaftsmacht ist zunehmend gefährdet und Umfragen belegen die Skepsis der Mittelständler gegenüber der aktuellen europäischen Wirtschaftspolitik. Gerade der europäische Mittelstand mit seinen 24 Millionen Betrieben spielt eine entscheidende Rolle für Wohlstand und Wachstum.

**„Gerade der europäische Mittelstand mit seinen 24 Millionen Betrieben spielt eine entscheidende Rolle für Wohlstand und Wachstum.“**

Ganz klar hat die EU Aufholbedarf in den Bereichen Technologie, Energie oder Lieferketten. Doch trotz der enormen Herausforderungen bietet Europa Chancen für den Mittelstand. Der ökologische und digitale Wandel bietet lukrative Möglichkeiten zur Technologieführerschaft in Schlüsselbereichen! Innovation wurde bisher zwar häufig mit einigen der großen US-amerikanischen und auch chinesischen Technologieunternehmen in Verbindung gebracht. Ja, diese Unternehmen haben die Art und Weise, wie wir konsumieren, kommunizieren oder einkaufen verändert. Doch das bedeutet lange nicht, dass es in Europa an Fortschritt und Know-how mangelt.

Im Ranking der zehn innovativsten Länder nach dem Global Innovation Index 2023 finden sich sieben europäische Länder. Ähnlich sieht es bezüglich der weltweiten Patentanmeldungen aus. Fast jede vierte Patentanmeldung in Europa wird von KMU eingereicht. Aber nur 8 Prozent der KMU schützen ihr geistiges Eigentum. Europäische Unternehmen sind stark in Materialforschung, Ingenieurwesen und führend im Thema Nachhaltigkeit. Doch es muss klar sein: Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft gelingen nicht, wenn europäischen Unternehmen Anforderungen auferlegt werden, die von Drittstaaten gern unterminiert werden dürfen. Europa braucht eine Politik, die die realwirtschaftlichen Auswirkungen bedenkt. Ein Rechtsrahmen, der marktwirtschaftliche Dynamiken nutzt und

flexibel genug ist, um reaktionsschnell zu sein. Als starker Wirtschaftsraum mit gemeinsamen Standards, fairem Wettbewerb, Investitionsprogrammen und einem starken Handelsnetzwerk hat die EU jegliche Instrumente, um gegenwärtig und zukünftig erfolgreich zu bestehen. ●



# „Grünes Wachstum“ – Was steckt dahinter?

Ein „grünes Wirtschaftswunder“ hatte Bundeskanzler Olaf Scholz Bürgern und Betrieben versprochen. Zu sehen ist davon bisher wenig. Doch was bräuchte es, um wirklich „grünes Wachstum“ zu erreichen?

### Grünes Wachstum muss Wertschöpfung und Ressourcenverbrauch entkoppeln

Ziel grünen Wachstums ist es, wirtschaftliche Wertschöpfung auszubauen und diese zugleich von Ressourcenverbrauch und Treibhausgas-Emissionen zu entkoppeln. Je mehr diese Entkopplung gelingt, desto stärker können wir auch künftig im Rahmen der planetaren Grenzen wachsen. Wenn Klimaziele hingegen dadurch erreicht werden, dass wirtschaftliche Aktivitäten zurückgefahren werden oder abwandert, ist das kein Grünes Wachstum.

### Grünes Wachstum geht im Kreislauf

Die Potenziale der Kreislaufwirtschaft müssen in Deutschland stärker genutzt werden. Material- und Rohstoffkreisläufe zu schließen und Rohstoffe zu recyceln hilft, Wachstum und Ökologie in Einklang zu bringen. Eine integrierte Kreislaufwirtschaft vermindert nicht nur den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, sondern reduziert zudem auch Abhängigkeiten.

### Grünes Wachstum erfordert Marktwirtschaft

Wirtschaftssektoren, die dem EU-Emissionshandel unterliegen, konnten ihre Emissionen bisher stärker senken als andere Branchen. Dies zeigt, dass marktwirtschaftliche Lösungen, die Knappheitssignale aussenden, am besten geeignet sind, nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen.

### Grünes Wachstum geht auch international

Um Grünes Wachstum global zu befördern, sollte es unsere Ambition sein, klimafreundliche Innovationen und Technologien zu exportieren. Damit können wir einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten, der über die Reduktion eigener Emissionen sogar hinaus geht. ●



**Fabian Wendenburg**  
Chefredakteur  
wendenburg@mit-bund.de

### Grünes Wachstum entsteht durch Innovation, nicht durch Substitution

Wenn ein alter Kapitalstock bzw. alte Produktionskapazitäten (z. B. Kohlekraftwerke) durch neue (z. B. Windräder) ersetzt werden, entsteht noch kein Wachstum. Wachstum setzt Innovation und Erneuerung voraus. Der bloße Ersatz des Alten macht noch kein Wachstum. Deutschland muss daher Innovationstreiber sein, um grün wachsen zu können.

### Grünes Wachstum ist technologieoffen

Im Zentrum des grünen Wachstums steht die Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Dafür müssen wir konsequent technologieoffen denken und alle technologischen Möglichkeiten nutzen und erforschen: von Erneuerbarer Energie über Fusionsforschung bis hin zu CCS und CCU.

### (Nur) Grünes Wachstum sichert Freiheit und Wohlstand

Wachstum ist die Voraussetzung für Fortschritt. Nur Wachstum schafft die Voraussetzung dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft sozial und der Staat handlungsfähig bleiben. Ohne Wachstum gibt es künftig keine finanziellen Spielräume in den öffentlichen und privaten Haushalten. Auf Wachstum zu verzichten, hieße, künftigen Generationen Chancen zu nehmen. De-Growth oder No-Growth sind daher keine Alternativen, um Freiheit und Wohlstand in Deutschland zu erhalten.



# Bundesvorstand tagte in Dresden

**D**er MIT-Bundesvorstand veranstaltete am 8. und 9. März in den Räumlichkeiten der Sparkassen-Versicherung Sachsen in Dresden eine Klausurtagung. Thematisiert wurde die Zukunft der Altersvorsorge, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und das CDU-Grundsatzprogramm.

Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann eröffnete die Sitzung und gratulierte allen Teilnehmerinnen zum Internationalen Frauentag. Dabei stellte sie die neue Vorsitzende des MIT-Landesverbandes Sachsen, Nora Reitz, vor und dankte Gerhard Müller, scheidender Vorstandsvorsitzender der Sparkassen-Versicherung Sachsen, für die hervorragende Organisation und die Gastfreundschaft.

Nach diesem Grußwort ging es in die intensive Beratung der Änderungsanträge der MIT für das Grundsatzprogramm beim 36. Parteitag der CDU Deutschlands. Knapp 80 Änderungswünsche wurden beraten. Erster Höhepunkt der Klausurtagung war ein Impulsvortrag des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen im Osten forderte er ein starkes Engagement aller Christdemokraten in den Kommunen vor Ort. Kretschmer betonte die Notwendigkeit der gleichen Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in Ost und West.

Die MIT wäre nicht die MIT, wenn neben der Wirtschaft nicht auch die Kultur des Gastgeber-Ortes gewürdigt wird. In einer Nachtführung durch das legendäre Grüne Gewölbe erhielt der Vorstand Einblick in die Kulturschätze des Landes Sachsen. Doch das war erst der Anfang. Mit einem Solo-Auftritt des weltberühmten Cellisten Jan Vogler im Kurländer Palais folgte ein weiteres Highlight. Der Intendant der Dresdner Festspiele führte ein in die Welt der Hochkultur mit seinem Bericht vom Leben eines weltbekannten Musikers in den aufregendsten Metropolen der Welt und spielte Werke u. a. von Johann Sebastian Bach.

Am zweiten Tag ging es weiter mit der Antragsberatung für den Parteitag. Hier wurde Jana Schimke als Kandidatin der MIT für den erweiterten Bundesvorstand einstimmig ernannt. Anschließend wurden die Sachanträge (u. a. zur 12.GWB-Novelle, zu Werbeverboten, zur Tragfähigkeit der Sozialversicherung, zur Fachkräfteeinwanderung, zur Bürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung) für den Bundesparteitag beraten und angenommen.

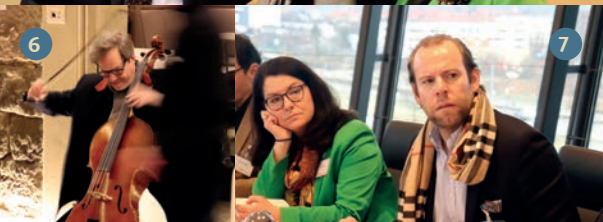
Mit einer Vorstellung der MIT-App, einer Entscheidung über den Austragungsort des Bundesmittelstandtags 2025 (NRW), dem Bericht des Mitgliederbeauftragten zur Mitgliedergewinnung und Überlegungen für eine „Junge MIT“, neigte sich die Klausurtagung des Bundesvorstands 2024 ihrem Ende zu. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann schloss die Veranstaltung mit einem Appell, dass sich möglichst viele MIT-Mitglieder in Länder- und Kommunalparlamenten engagieren sollten. ●



**Louis Müller-Rettstatt**  
Redakteur  
mueller-rettstatt@mit-bund.de



1. Michael Kretschmer mit Gitta Connemann; 2. Der Bundesvorstand bei der nächtlichen Führung durch das Grüne Gewölbe; 3. Die MIT tagt bei der Sparkassen Versicherung Sachsen; 4. Cellist Jan Vogler gibt im Kurländerpalais Einblicke in das Leben eines Kulturschaffenden ; 5. MIT-Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg mit dem Intendanten der Dresdner Festspiele, Jan Vogler, und Gitta Connemann; 6. Ein Klassiker: Jan Vogler spielt Bach; 7. Andrea Klieve und Dr. Falk Hartmann; 8. Jana Schimke, Michael Littig und Gitta Connemann (v.l.n.r.); 9. Simon Schmitz setzt sich für eine junge MIT ein; 10. Ruth Baumann (links) und Dorin Müthel-Brenncke (rechts)



# Unser 9-Punkte-Plan! Die MIT-Forderungen zur Europawahl

Auf der Klausurtagung in Dresden hat unser Bundesvorstand einen Plan zur Europawahl gefasst. Der Beschluss trägt den Titel: „Europa 2030: Technologieoffen, Marktwirtschaftlich, Effizient“.

Darin heißt es: „Damit die EU eine Erfolgsgeschichte bleibt und wieder Fahrt aufnimmt, muss die EU jetzt durchstarten. Dieser Schub muss von wirtschaftlicher Vernunft geprägt sein. Ein einzigartiger Staatenverbund – Vorreiter in Sachen Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Bürokratieabbau und florierendem Unternehmertum. Ausgestattet mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, gemeinsamer Währung, Investitionsprogrammen für Forscher und Entwickler, gemeinsamen europäischen Standards und einem mit zahlreichen Abkommen untermauerten globalen Handlungsnetzwerk gleichberechtigter Partner, muss Europa geschlossen auf der Weltbühne auftreten und stärker die Rolle eines geopolitischen Akteurs annehmen: Die EU muss all diese Potentiale nutzen, um das nächste Kapitel des Wohlstandsgaranten EU zu schreiben. (...) Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Vernunft müssen die europäische Maxime der nächsten fünf Jahre sein.“



## Hier die Forderungen im Einzelnen:

- 1 Priorisierung der **Wettbewerbsfähigkeit** europäischer Unternehmen
- 2 **Aktionsplan** mit Zielsetzungen zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes unter strikter Wahrung der Subsidiarität
- 3 Maßnahmen zum umfassenden **Bürokratieabbau**
- 4 Einführung des **Prinzips der Diskontinuität** auch auf EU-Ebene
- 5 Ein Umdenken und mehr **Technologieoffenheit** in der europäischen Energie- und Klimapolitik
- 6 Eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich dem **Stabilitätsgedanken** verpflichtet fühlt
- 7 Maßnahmen zur Förderung der Nutzung **digitaler Lösungen**
- 8 Anstrengungen zur **Fachkräftesicherung**
- 9 Antworten auf gemeinsame Fragen für **Frieden** und **Sicherheit** finden



Das gesamte Dokument  
finden Sie hier auf  
unserer Website

## EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



### **Mit alten und neuen Ansätzen für die Stärkung von KMU im EU-Binnenmarkt**

Die für die kommenden Jahre identifizierten zentralen Ziele lauten: grüner und digitaler Wandel; Erweiterung und erhöhte Sicherheit. Diese gehen aus dem Bericht des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta zur Zukunft des EU-Binnenmarkts hervor. Die Vereinfachung des Regulierungsrahmens sieht er als größte Hürde. Hervorzuheben ist die Gewichtung von KMU auf nahezu 150 Berichtsseiten und die Vorschläge zur weiteren Berücksichtigung dieser im Binnenmarkt. Etwa durch die stärkere Partizipation von KMU in der öffentlichen Auftragsvergabe, Entsendungserleichterung oder den Vorschlag zu einem europäischen Wirtschaftsrechtskodex. Letta schlägt zudem vor, die KMU-Definition an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und das Instrumentarium des Gesetzgebers für bessere Rechtssetzung zu optimieren. Damit KMU den Binnenmarkt nicht als Hürde, sondern als Chance sehen, brauchen Unternehmen ebenso wie die EU-Institutionen dringend unbürokratischere Prozesse. Wirtschaftstransformation darf nicht zuwider der Wettbewerbsfähigkeit und der politischen Handlungsfähigkeit laufen. Daher sind die Maßnahmen zur Stärkung des Mittelstands sowie der Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen schnellstmöglich realitätsnah umzusetzen.



### **Ein Verbot jagt das nächste:**

#### **Neue CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte für Lkw und Busse**

Anfang April hat das Europäische Parlament die in den interinstitutionellen Verhandlungen beschlossenen strengeren CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für Hersteller schwerer Nutzfahrzeuge bestätigt. Hersteller müssen die durchschnittlichen Emissionen von Lkw über 7,5 Tonnen und Reisebussen ab 2030 um 45 Prozent, ab 2035 um 65 Prozent und ab 2040 um 90 Prozent senken. Berufsfahrzeuge sind ab 2035 betroffen und auch Hersteller von Lkw-Anhängern sind aufgefordert, ihre Emissionswerte zu verbessern. Ähnlich wie bei den Flottengrenzwerten für Pkw und dem folgenden Verbrenner-Verbot setzen die neuen Zielvorgaben nicht nur überambitionierte Reduktionsziele, sondern mangeln an Technologieoffenheit und Offenheit für andere alternative Kraftstoffe. Vor allem mittelständischen Produzenten, oftmals Kleinserienhersteller von Fahrzeugen für die Forstwirtschaft oder Landwirtschaft, drohen horrend Strafbzahlungen. Einstig mit einer rechtlich nicht bindenden Erwägung wird die Europäische Kommission aufgefordert, eine Methodik für die Zulassung für ausschließlich mit CO<sub>2</sub>-neutralen Kraftstoffen betriebenen Nutzfahrzeuge vorzustellen – eine Bitte, jedoch keine Aufforderung. Dieses Gesetz ist ein erneutes Beispiel praxisfremder Umweltpolitik, das umgehend auf den Prüfstand gehört.

### **Die Jury**

Marion Walsmann (CDU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



**PKM**Europe  
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

## Buchtipp

### „Die Magie vom Wohlstand“

von Josef Schlarmann

Der langjährige MIT-Bundesvorsitzende Josef Schlarmann hat eine umfassende Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik verfasst. Herausgekommen ist mehr als ein hervorragend sortiertes Nachschlagewerk, sondern eine kenntnisreiche Analyse der Grundlagen unseres Wohlstands. Angefangen vom Zeitalter des Absolutismus über die Preußischen Reformen, Märzrevolution, den Einigungsprozess Deutschlands, Weltkriege, Wirtschaftswunder, der Ära der Globalsteuerung bis hin zur Zeitenwende: Schlarmann beschreibt detailliert die relevanten wirtschaftspolitischen Entscheidungen der jeweiligen Epoche. Dabei arbeitet der studierte Jurist und Volkswirt negative und positive Auswirkungen der jeweiligen Entscheidungen für den Wohlstand in Deutschland heraus. Der Leser erhält auch Einblicke in die ordnungsökonomisch wichtigen Zusammenhänge zwischen Rechtsordnung und Wirtschaftsdynamik. Dieses Buch ist gerade heute wichtig, weil die zeitgenössische, neoklassisch und mathematisch orientierte Wirtschaftswissenschaft das Verständnis dafür verstellen kann, wie wichtig der Blick in den historischen Rückspiegel ist. Dabei erleichtert ein umfassendes Verständnis von Kultur, Rechtsordnung und politischen Entwicklungen wirtschaftspolitische Entscheidungen, die nachhaltiger Wohlstand schaffen und (im Sinne des Freiburger Ökonomen Walter Eucken) eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung ermöglichen. Wer könnte das besser wissen als Josef Schlarmann, der langjährige Streiter für ordnungspolitische Vernunft in Deutschland? Ein Buch, das bei keinem wirtschaftspolitisch und historisch interessiertem Leser im Regal fehlen sollte.

Josef Schlarmann  
**Die Magie vom Wohlstand**  
*Eine Zeitreise durch Deutschlands Wirtschaftspolitik*





## Veranstaltung

### MIT-Digitaltalk voller Erfolg

Gemeinsam mit über 100 Teilnehmern diskutierten Reiner Holznagel (Präsident, Bund der Steuerzahler Deutschland), Dr. Kai Warnecke (Präsident, Haus & Grund), Christina Stumpp (CDU-Vize-Generalsekretärin) und unsere MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann im ersten MIT-Digitaltalk zum Thema „Grundsteuer und Kommunale Wärmeplanung“. Stumpp und Connemann machten deutlich, dass das GEG in seiner jetzigen Form von der CDU umgehend abgeschafft werden würde. Zudem wiesen die Experten Holznagel und Dr. Warnecke auf die Schwierigkeiten bei der Grundsteuer hin und berichteten vom aktuellen Stand der von ihren beiden Verbänden unterstützten Musterklagen. Fazit von Christina Stumpp: „Die Heizung muss zum Haus passen und nicht zur Bundesregierung.“



# „Ich bin neu in der MIT, weil ...“

*... der Mittelstand in Deutschland die treibende gesellschaftliche Kraft ist.“*



**Ralf Kaptein**

Unternehmer, MIT Stuhr

*... ich daran glaube, dass der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet.“*



**Henriette Schwarz**

Finanzanalystin, MIT Frankfurt

Ralf Kaptein (53) wohnt in Stuhr bei Bremen und gründete vor fünf Jahren sein Transport- und Umschlag-Unternehmen. Seit fast 30 Jahren ist er in unterschiedlichen Führungspositionen im Bereich des Seetransports und des Güterumschlags tätig, u.a. im Umschlag von konventionellen Gütern/Seetransport nach Nordafrika. Im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit lebte er teilweise in der algerischen Hauptstadt Algier und leitete neben der Reederei SLOMAN NEPTUN die lokale Schifffahrtsagentur. Der Unternehmer spricht fließend Englisch und Französisch. Kapteins politische Heimat ist seit 1988 die CDU im Gemeindeverband Stuhr. Dort übernahm er im Laufe der Jahre verschiedene Funktionen im Vorstand und möchte sich nun wieder mehr in die Organisationen der Union einbringen.

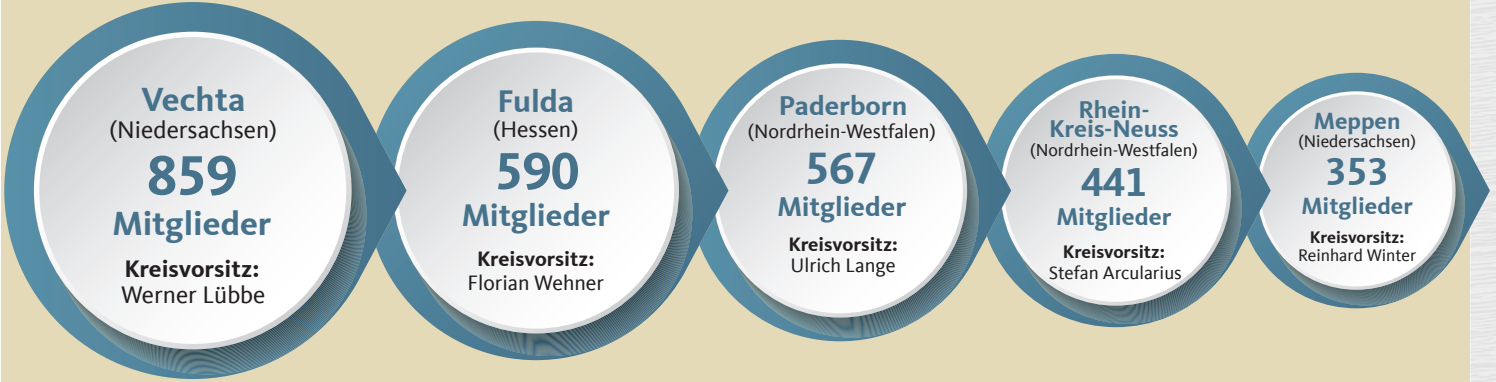
Henriette Schwarz (24) wuchs in der nordhessischen Kleinstadt Bad Arolsen auf und engagierte sich bereits im frühen Jugendalter in der Jungen Union vor Ort. Nach dem Abitur absolvierte sie zunächst eine Ausbildung bei der Deutschen Bank in Bielefeld. Anschließend erfolgte der Umzug nach Düsseldorf, wo sie ebenfalls für die Deutsche Bank als Relationship Manager im Private Banking arbeitete. Parallel begann Henriette Schwarz ein berufsbegleitendes Studium im Bereich International Management. Nach knapp drei Jahren Tätigkeit in Düsseldorf folgte der Umzug zurück in das Heimatbundesland Hessen, genauer nach Frankfurt am Main. Hier arbeitet Schwarz als Finanzanalystin. Abseits des Berufslebens widmet sie sich dem Kraftsport.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: [www.mit-bund.de/mitgliedschaft](http://www.mit-bund.de/mitgliedschaft)



Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände  
(29.02.2024)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs  
(29.02.2024)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs  
(29.02.2024)



**GESAMT****METALL**

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

# **MACHT LUDWIG STOLZ!**

> ZURÜCK ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT.





**„Um Neues zu entwickeln, brauche ich eine sichere wirtschaftliche Basis. Die schaffe ich gemeinsam mit meiner Steuerberaterin.“**

*Armin Machhörndl, Kaffeerösterei Machhörndl*

Als Unternehmer ist es nicht immer einfach, das Richtige zu entscheiden. Ihre Steuerberatung berät Sie kompetent und auf der Basis aktueller Geschäftszahlen. Gemeinsam schaffen Sie so die Grundlagen für sichere Entscheidungen und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung.



[gemeinsam-besser-machen.de](https://www.gemeinsam-besser-machen.de)

